

2262. Artikel zu den Zeitereignissen

Der "Trump-Trick"

Ist es tatsächlich so neu, daß im Wahlkampf etwas gesagt wird und nach der Wahl das genau Gegenteil passiert? Natürlich nicht – das ist "business as usual" in der Politik ("politisches Geschäft"). Zum Beispiel:¹

Kommentar

Trump entfesselt die Banken

Es gibt tatsächlich gute Gründe, die Finanzregulierung umfassend zu reformieren. Aber bald können die Banken, die größer sind als je zuvor, so frei schalten und walten wie lange nicht mehr.

03.02.2017, von WINAND VON PETERSDORFF, WASHINGTON

Im Wahlkampf hatte es zuweilen so geklungen, als wolle Donald Trump mit seiner Anti-Wall-Street-Rhetorik Linksaußen Bernie Sanders von links überholen. Investmentbanker und Hedgefondsmanager kämen ungeahndet davon, während der hart arbeitende Normalbürger auf der Strecke bleibe, rief er seinen Anhängern zu. Doch schon als ein ehemaliger Goldman-Sachs-Manager Trumps zentraler Geldbeschaffer im Wahlkampf wurde, hätte man miss-trauisch werden können. Den Mann hat Trump jetzt als Finanzminister nominiert. Spätestens aber seit Trump die Nummer zwei von Goldman Sachs zum Wirtschaftsberater machte, dürfte dem letzten klar geworden sein: So schlimm vergiftet ist die Beziehung zwischen Trump und dem Finanzsektor doch nicht.

So hat es eine innere Logik, dass sich der Präsident nun an die Deregulierung der Wall Street und die Revision des Dodd-Frank-Gesetzes macht. Vermutlich ist Dodd Frank wirklich ein ziemlich schlechtes Gesetzeswerk. Die Kritik, es belaste Kreditinstitute über alle Maßen, verhindere Darlehen und ersticke wirtschaftliche Dynamik, ist nicht einfach von der Hand zu weisen. Schwerer wiegt: Dodd Frank löst nicht das Problem übergroßer Banken, die der Staat im Krisenfall retten muss („too big to fail“) – Amerikas große Banken sind größer als vor der Finanzmarktkrise. Sie haben damit mehr Macht als je zuvor, Regierungen zu Finanzspritzen zu erpressen, wenn sie in Not geraten. Das zentrale ethische Problem, dass die Verluste in Krise sozialisiert werden, während die Gewinne in guten Zeiten bei den Bankern und den Bankeigentümern bleiben, ist durch das Dodd-Frank-Gesetz nicht beseitigt worden.

So gibt es tatsächlich beste Gründe, die Finanzregulierung umfassend zu reformieren. Gute Vorschläge liegen auf dem Tisch. Große Ökonomen wie der vom Nobelpreisträger Eugene Fama oder vom Deutschen Martin Hellwig regen an, die Institute zu einer Eigenkapitalquote zwischen 20 und 30 Prozent zu zwingen – statt jener niedrigen einstelligen Quote, die Banken zu halten pflegen. Dann hätten die Institute einen echten Finanzpuffer, der erst verbraucht

¹ <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/kommentar-trump-entfesselt-die-banken-14835436.html>



Dekret unterzeichnet

Trump will Finanzsektor deregulieren

Stand: 03.02.2017 21:11 Uhr



VIDEO

Trump lockert Banken-Regulierung.
 Tagesthemen 21:45 Uhr, 03.02.2017, Stefan
 Niemann, ARD Washington | video

(<http://www.tagesschau.de/wirtschaft/trump-banken-101.html>)

werden würde, bevor der Steuerzahler um Hilfe gebeten werden kann. Interessant ist auch der Vorschlag, die steuerliche Begünstigung von Fremdkapital gegenüber Eigenkapital aufzuheben. Und schließlich sollte die Regierung auch die gesetzliche Möglichkeit haben, als letzten Ausweg Banken zu zerschlagen, bevor sie ganze Volkswirtschaften in den Abgrund ziehen, wie ein Notenbanker anregt. Die Chancen, dass diese Vorschläge unter dem Team, das Trump mit der Deregulierung betraut hat, in entsprechende Vorschriften umgesetzt werden, scheinen verschwindend gering.

Trumps Wirtschaftsberater von Goldman Sachs hat schon klar gemacht, dass die Verbesserung der Wettbewerbsposition amerikanischer Finanzinstitute gegenüber der internationalen Konkurrenz ein zentrales Motiv für die Deregulierung ist, und nicht etwa die Beseitigung eines zu geringen Sicherheitspuffers in den Bankbilanzen. „Wir haben die bestkapitalisierten Banken der Welt“, sagt der Goldman-Sachs-Veteran forsch.

Wenig hat das Vertrauen in die freiheitliche marktwirtschaftliche Ordnung so stark erschüttert wie die Finanzkrise und ihre Bewältigung zu Lasten der Allgemeinheit. Eigentlich ist es höchste Zeit, die Banken so zu zügeln, dass ihr Untergang kein volkswirtschaftliches Problem mehr ist. Doch nun besteht die Möglichkeit, dass Banken, die größer sind als je zuvor, so frei schalten und walten können wie lange nicht mehr. Und für Notfälle haben sie noch Freunde im Weißen Haus. Es kann einem Angst und Bange werden.

Auch die SPD und das Medien-Kartell des *Linksstaates*² kennen das "politische Geschäft" oder den "Trump-Trick". So wurde am 30. 12. 2016 folgende Meldung gestreut:³

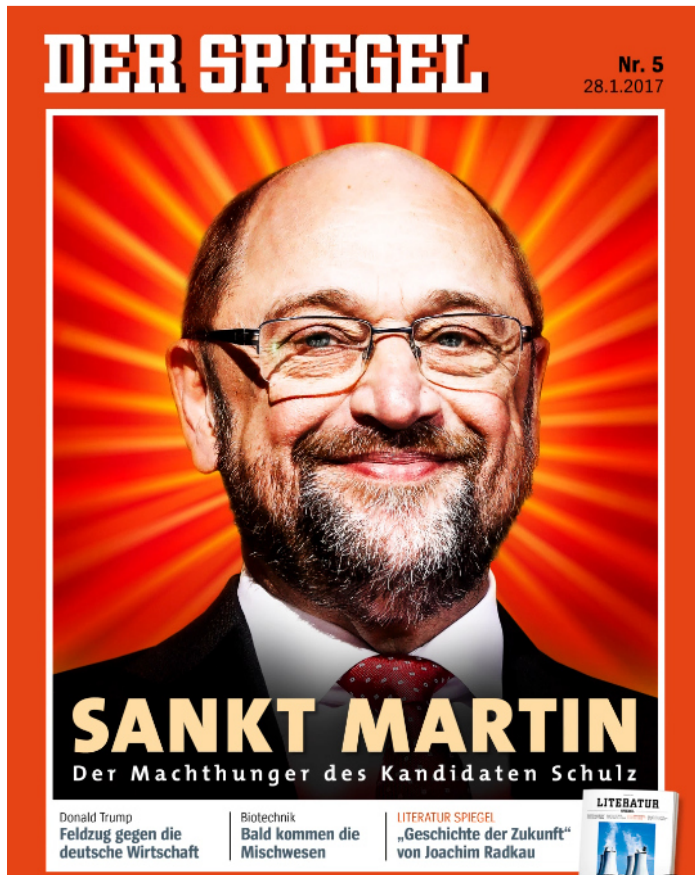
EU-Parlamentspräsident

Schulz gibt Rennen um SPD-Kanzlerkandidatur auf

Wer führt die SPD in die Bundestagswahl? Nach SPIEGEL-Informationen hat der Europapolitiker Martin Schulz gegenüber Genossen erklärt, dass er nicht mehr mit seiner Kanzlerkandidatur rechne.

² Siehe Artikel 2187-2200, 2207

³ <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/martin-schulz-offenbar-nicht-kanzlerkandidat-der-spd-a-1127920.html>



Fast vier Wochen später (24. 1. 2017) – wenige Tage nach Trumps Amtsantritt und seinen ersten Dekreten⁴ – wurde Martin Schulz aus der "Trickkiste geholt" (s.li.⁵), nachdem Sigmar Gabriel "überraschenderweise" seinen Rücktritt (von der Kanzlerkandidatur) erklärt hatte.⁶ – Natürlich war das alles Strategie.

Zum (altbekannten) Programm der Linken, um an die Macht zu kommen,⁷ gehört der "Ruf nach Gerechtigkeit" (soziale Frage⁸) Auch der Wahlkampflogan von Martin Schulz "Zeit für mehr Gerechtigkeit" (s.u.) gehört dazu.

Nun war es die *SPD*, zusammen mit den *Grünen*, die 2003 die unsoziale *Agenda 2010* ins Leben riefen.⁹ Martin Schulz ... sitzt seit 1999 im *SPD-Präsidium* – Fragen zur Agen-



(<https://www.zdf.de/politik/frontal-21/frontal-21-sendung-vom-31-januar-100.html> 9:50-18:14)

⁴ Siehe Artikel 2253 (S. 1)

⁵ https://magazin.spiegel.de/SP/2017/5/?utm_source=spon&utm_campaign=heftkastenprint

⁶ http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/sigmar-gabriel-tritt-nicht-als-spd-kanzlerkandidat-an-14744704-p2.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2

⁷ Nach der Bundestagswahl am 24. 9. 2017 könnte eine Koalition aus *SPD*, *Linke* und *Grüne* entstehen.

⁸ Siehe Artikel 2257 (S. 1)

⁹ https://de.wikipedia.org/wiki/Agenda_2010

Agenda weicht er lieber aus.¹⁰

(Peter Frey:) *"Der Kern der Frage heißt ja eigentlich, der politische Kern: distanzieren Sie sich von der Agenda 2010, sind die Zeiten vorbei?"*

(Martin Schulz:) *"Die Agenda 2010 war eine Debatte des Jahres 2003, wir sind jetzt im Jahre 2017. Ich würde gern über die Zukunft der nächsten 10 Jahre reden."*

Ist Martin Schulz das unbeschriebene Blatt, das für Neuanfang steht? Kann er den Unbeteiligten in Punkto Agenda-Reform geben¹¹?



(Gero Neugebauer:) *"O nein, wer so eine Legende konstruieren will, dem wird man sagen müssen, daß Schulz eigentlich zu denen gehört, die als Modernisierer aufgetreten sind – das heißt, die schon mit vorbereitet haben die Agenda 2010. Insofern ist er nicht unbeleckt. Insofern kann er eigentlich auch nicht, ohne sich selbst zurückzunehmen sagen: wir können das alles wieder korrigieren."*

Im Wahlkampfmodus distanziert sich natürlich Schulz ein bißchen von der *Agenda 2010*:¹²

SPD-Kanzlerkandidat

heute 10:23 Uhr

Schulz distanziert sich vorsichtig von Agenda 2010

Martin Schulz will Deutschland gerechter machen. Die Sozialreformen unter Gerhard Schröder hält der SPD-Kandidat im Grunde für richtig, doch die Partei habe auch Fehler gemacht.

¹⁰ <https://www.zdf.de/politik/frontal-21/frontal-21-sendung-vom-31-januar-100.html> ab ca. 15:00

¹¹ besser: spielen

¹² <http://www.tagesspiegel.de/politik/spd-kanzlerkandidat-schulz-distanziert-sich-vorsichtig-von-agenda-2010/19347114.html> (4. 2. 2017)

Aber Martin Schulz ist selbstverständlich für die *Agenda 2010*, Globalisierung und die EU:¹³

- „Gerhard Schröder hat viel für unser Land getan. Dass es Deutschland heute besser geht, als vielen anderen europäischen Staaten, hängt vor allem mit der *Agenda 2010* zusammen.“¹⁴
- „Wir leben in einer transnationalen Ökonomie. Die Globalisierung ist nichts anderes als die weltweite Organisation des wirtschaftlichen Handels. Aber die dafür notwendigen Regelwerke und Institutionen haben wir noch nicht. Deshalb ist der Ausbau der europäischen Demokratie ein sehr wichtiges Projekt!“
- "Wir haben eine starke Währung aber kein gemeinsames, starkes, politisches System, dass diese gemeinsame Währung mit trägt. Wenn man den Dollarraum mit dem Euroraum vergleicht, stellt man fest: Der Dollarraum hat eine Währung, einen Wirtschaftsraum, eine Zentralbank, eine Regierung und ein politisches System. Der Euroraum hat eine Währung, eine Zentralbank und 19 verschiedene Regierungen die nach dem Einstimmigkeitsprinzip entscheiden", bemängelt Schulz. Solange man diese Lücke nicht schließt, werde man auch die politischen Probleme nicht lösen können.

Auf jeden Fall tritt der verstaubte und schon tot-gegläubte EU-"Fanclub", als Folge der "Trump-Tricks", mit neuem Selbstbewusstsein auf:¹⁵

Zustand der EU

Mehr Selbstbewusstsein - dank Trump?

Stand: 04.02.2017 04:24 Uhr



Donald Trump verunsichert die Welt, doch auf die kriselnde EU scheint er geradezu heilende Wirkung zu haben. Der neue US-Präsident hat es zwar darauf angelegt, die EU zu zerlegen - doch gerade deshalb hilft er Europas Politikern, zu mehr Einigkeit zu finden.

¹³ https://www3.spd.de/aktuelles/115820/20140214_schulz_schroeder.html (14. 2. 2014)

¹⁴ Das hängt vor allen Dingen mit der wirtschaftlichen Leistungskraft und der weltweit gefragten Produkte unseres Landes zusammen. – Und nur zum Teil mit der *Agenda 2010*, – die natürlich auf dem Rücken der vielen Leiharbeiter, Minijobber, Mehrfachjobber, Harz-IV-Empfänger, Armen, usw. ausgetragen wurde (und wird). Die vielen Milliarden, die der Staat durch die *Agenda 2010* eingespart hatte, werden nun (z.T.) für die Migranten aus allen Teilen der Welt ausgegeben: 22 Milliarden allein für 2016 (<http://www.n-tv.de/politik/Fluechtlingskrise-kostete-22-Milliarden-Euro-article19661967.html>) Man sieht: der Krieg gegen die eigene Bevölkerung geht weiter ... Die *Agenda 2010* ist ein Teilaspekt der ideologisch geführten Umerziehung (*Die schleichende Revolution*, siehe Artikel 2256, S. 1)

¹⁵ <http://www.tagesschau.de/kommentar/trump-europa-103.html>